
IASS WORKING PAPER

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Potsdam, Dezember 2015

Wie viel Entpolitisierung vertragen die SDGs?

Ein kritischer Blick auf die Entstehung der Agenda 2030

Manuel Rivera



Inhalt

Einleitung: Das Potenzial politischer Ziele 3

I. Anfänge der SDGs 2011/12: Ein politischer Transformations-Impuls 5

II. Konsultationen und Verhandlungen 2012–2014: Balance durch Aufblähung 7

III. Das Ende der Vision: Die Agenda 2030 12

Ausblick: Globale Nachhaltigkeitsziele als ‚richtige‘ Rationalität? 15

Referenzen 17

Einleitung: Das Potenzial politischer Ziele

Die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) wurden diesen September in New York von den Vereinten Nationen als „umfassendes, weitreichendes und auf die Menschen konzentriertes Set universeller und transformativer Ober- und Unterziele“ verabschiedet (UNGA 2015: §2). Den zahlreichen Elogen auf diesen diplomatischen Erfolg liegt, vor allem Für und Wider im Detail, die Annahme zugrunde, dass diese vertraglich nicht bindenden, „weichen“ Ziele konkrete Politiken wesentlich („transformativ“) beeinflussen können. Im vorliegenden Working Paper diskutiere ich diese Annahme kritisch, indem ich vor allem die Formulierung der Ziele selbst als einen Prozess der „Entpolitisierung“ beschreibe.

Als Soziologe muss mir freilich zunächst daran gelegen sein, das Potenzial messbarer Politikziele *prinzipiell* zu verorten. Dieses Potenzial besteht m. E. in einer *Rationalisierung politischen Handelns*. Dabei verstehe ich zunehmende Rationalität – einen für die Moderne ebenso zentralen wie ambivalenten Begriff (Maurer und Schimank 2011) – als mindestens zweierlei. Erstens nämlich als *Zweckrationalität*, indem quantitativ formulierte Politikziele durch eine genauere und transparente Operationalisierung gegebener Zwecke die Optimierung der auf sie bezogenen Mittel erleichtern. Solche Erhöhung der Zweckrationalität hat bei der Genese der Millenniumsziele (MDGs) aus dem Konzept des New Public Management eine wichtige Rolle gespielt und macht noch immer einen wesentlichen Teil des Appeals indikatorenbewehrter Zielkataloge

aus (Lepenies 2014: 204). Zweitens steht eine Erhöhung der *Wertrationalität* politischen Handelns genau dann in Aussicht, wenn die Verständigung über die Zwecke selbst befördert wird, in diesem Fall konkret: die gesellschaftliche Diskussion der festzulegenden Ziele. Man kann mutmaßen, dass der mit beträchtlichem Aufwand betriebene Diskussions- und Konsultationsprozess innerhalb der Vereinten Nationen, aber auch regionaler und nationaler Teil-Öffentlichkeiten, etwa der akademischen, zu dieser zweiten Dimension der Rationalisierung von Herrschaft bei den SDGs beigetragen hat – stärker zumindest, als es vor fünfzehn Jahren bei den MDGs der Fall war.

So weit, so gut? Man könnte es vermuten, denn *empirisch* zu treffende Einschränkungen bezüglich des Rationalisierungspotenzials in beiden Dimensionen tun seinem *prinzipiellen* Vorhandensein ja keinen Abbruch. Kritisierbare SDGs sind gute SDGs; auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sind eine Verbesserung des Datenabgleichs und ein Mehr an Debatte selbst dann zu begrüßen, wenn sie für die tatsächliche Zielerreichung nicht hinlangen. Allerdings möchte ich in diesem Artikel der Vermutung Ausdruck verleihen, dass das ‚Hinken‘ der verabschiedeten Ziele sowohl hinsichtlich ihrer Zweckrationalität (etwa durch zu viele und miteinander konkurrierende Unterzielformulierungen; vgl. etwa ICSU & ISSC 2015, Müller et al. 2015) als auch ihrer Wertrationalität (durch die Verwischung eines klaren Ziel-Profiles bzw. den Verlust eines politischen Narrativs; siehe unten) kein bloßer

¹ Zur Unterscheidung von Zweck- und Wertrationalität vgl. Weber (2005), S. 17f. [§ 2]. Beachtenswert ist hier insbesondere Webers Formulierung vom „*bewussten* Glauben“ (Herv. M. R.), die in seinem durchaus nicht eindeutigen Begriff von Wertrationalität das selbstaufklärende Element markiert. Dieses Element der reflexiven Bewusstmachung des affektiv-kognitiven Komplexes weist der Wertrationalität, jedenfalls in einer „inoffiziellen“ Lesart der Weberschen Rationalisierungstheorie, eine Dynamik zu, die über diejenige der ihr bei Weber „offiziell“ übergeordneten Zweckrationalität noch hinausreicht (vgl. Habermas 1995: 256ff., 377 – 385).

Zufall ist. Zurückführen lässt es sich nämlich auf eine *dritte* Dimension der „Rationalisierung“, die in den gut gemeinten Aushandlungsprozessen gleichsam hinter dem Rücken der Akteure am Werk war und die für eine Wirksamkeit politischer Ziele fatal ist. Diese „Rationalisierung“ wäre im Ergebnis eher psychologisch zu verstehen: als intellektualisierende Rechtfertigung. Sie steht der Rationalisierung im sozialtheoretischen Sinn sowohl der Effizienzsteigerung als auch der (partiellen) Selbstaufklärung diametral entgegen, denn bei ihr geht es weniger um ein erneutes Zur-Diskussion-Stellen neuer Handlungsziele als um eine Ex-post-Legitimierung bereit sich vollziehenden politischen Handelns (Habermas 1969: 53). Zwecke werden eher gegen eine gesellschaftliche Reflexion immunisiert, als dass sie ihr zugänglicher würden.

Die Vorstellung, das eigene Handeln sei bereits deshalb anders, weil es durch einen anderen Diskurs gerahmt wird, bezeichnet man klassischerweise als Ideologie (Marx und Engels 1990: 48f.) Ordnung wird nur scheinbar hergestellt, Interessen werden vernebelt statt durchsichtig gemacht, Klarheit nur vorgegaukelt. Sind die SDGs in diesem Sinn ideologisch? Werden sie dazu beitragen, engagierte Akteure mit „Putzarbeiten auf der Titanic“ zu beschäftigen und sie im Bewusstsein zu wiegen, das Richtige zu tun, während die planetare Krise ihren Lauf nimmt? Oder werden sie zum „Empowerment“ dieser Akteure beitragen und der „Großen Transformation“ den Weg bahnen helfen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es natürlich noch zu früh, denn die Geschichte der SDGs hat gerade erst angefangen. In diesem Artikel möchte ich lediglich dreierlei behaupten und zumindest plausibel machen:

I. In den Anfängen des SDG-Diskurses finden sich Elemente politischer Kommunikation, die auf eine *Verständigung* über Werte und Ziele, auf eine „Willensbildung“ bezüglich bestimmter The-

men, nämlich derer der Agenda 21 abzielen. Sie tun dies durch die Einladung zur Diskussion eines bestimmten Narrativs, das „Entwicklungsziele für den Norden“ einfordert und nicht-nachhaltige Trends aufhalten will. Dieses Narrativ ist politisch in einem ganz bestimmten, im entsprechenden Kapitel kurz erläuterten Sinn.

II. Im weiteren Verlauf, der teilweise, aber nicht durchgängig vom Modus der *Verhandlung* geprägt ist, treten diese Elemente dann zugunsten kompromisshafter Formeln zurück, die – ein UN-Spezifikum – nicht die Gestalt des kleinsten, sondern des größten gemeinsamen Nenners annehmen. Dabei ist es teilweise der Modus Verhandeln – im Sinne des Kompromisse zwischen Interessen Findens – der die Verständigung über die Zwecke obstruiert, teilweise liegen die Probleme aber auch im Modus der Verständigung selbst.²

III. Im Ergebnis verwischen das anfangs angepeilte Narrativ und die Kohärenz des SDG-Katalogs; die Agenda 2030 versammelt nun verschiedenste Ansprüche an Entwicklung unter einem leerformelartigen Dach der „fünf P’s“³. Die SDGs sind als „politische Erzählung“, die sich von anderen unterschiede, schwer lesbar geworden.

Diese Argumentation führe ich vor allem anhand der internationalen ‚Kerndokumente‘ sowie ausgewählter deutscher Beiträge; was dieses Papier nicht leistet, ist eine Analyse von Verhandlungsprozessen. Außerdem konzentriere ich mich vor allem auf den Diskurs der Zielformulierungen selbst und weniger auf die Governance-Diskussionen um Implementierung, Monitoring, UN-Architektur, etc. – Abschließend werde ich noch einmal kurz die Frage diskutieren, inwieweit die Entwicklung der SDGs ihr gesellschaftliches Rationalisierungspotenzial gemindert hat.

² Zur idealtypischen Gegenüberstellung von Verständigung und Verhandeln bzw. *arguing* und *bargaining* in der politischen Theorie vgl. Elster (1986).

³ „People, Planet, Prosperity, Peace, and Partnership“ (UNGA 2015: 2).

I. Anfänge der SDGs 2011/12: Ein politischer Transformations- Impuls

Die SDGs als Idee wurden im Vorfeld des Rio+20-Gipfels außerhalb der Entwicklungs-Community im engeren (auf Hebung des Lebensstandards in Entwicklungsländern fokussierten) Sinne erfunden und vertreten, mit von vornherein deutlichem Umwelt-Schwerpunkt. So traten die Umweltminister der EU mit der Vorstellung an, in Rio Ober- und Unterziele für einen „weltweiten Übergang hin zu grünem und inklusiven Wirtschaften“ zu fixieren; die entsprechende Kommissionsvorlage stellte dafür die Bereiche Trinkwasser, Ozeane, Bodenschutz und nachhaltige Landwirtschaft, Energie und Ressourceneffizienz in den Mittelpunkt (European Commission 2012). Die eigentliche SDG-Initiative, von Kolumbien und Guatemala ausgehend, war zwar rhetorisch vorsichtiger; davon, „anhaltendes wirtschaftlich-soziales Wachstum mit nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen und dem Erhalt von Ökosystemdienstleistungen *auszubalancieren*“, war hier die Rede (Ministerio de Relaciones Exteriores 2011:1). Gleichwohl entsprach auch diese Initiative klar der Rio-1992-Logik, in welcher der „ausgeglichene Ansatz“ zur „Integration“ von Umwelt und Entwicklung den Umweltfragen endlich – zwanzig Jahre nach der gescheiterten Stockholmer Konferenz – zugebilligt hatte, „einen entscheidenden Moment“ in der Geschichte der Menschheit mitzukonstituieren (UNCED 1992: 1.1., 1.2). „Balance“ bzw. „Ausgeglichenheit“ war hier also gegen ein umweltpolitisch blindes Entwicklungsmodell pointiert. Die Agenda 21 hatte denn auch genau in diesem, die ökologische Krise fokussierenden Sinne gefordert, die

Brundtland-Formel von der nachhaltigen Entwicklung zur „Priorität der internationalen Gemeinschaft zu machen“ (ebd.:2.1.); eine gründliche Inhaltsanalyse des Dokumentes würde ein klares Überwiegen der Umweltthemen erweisen, vor allem auch im Sinne größerer Detailliertheit.⁴

Ganz ähnlich verfährt 2011 der erste kolumbianische SDG-Vorstoß, wenn er nur zwei ‚traditionellen‘ entwicklungspolitischen Zielbereichen – Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit – sechs im engeren Sinne ‚nachhaltigkeitspolitische‘ zur Seite stellt, darunter „sich wandelnde Konsummuster“ (Ministerio de Relaciones Exteriores 2011:2). Ein dreiviertel Jahr später erweitert der zweite Vorschlag zwar den ‚traditionellen‘ Bereich um Arbeitsmarkt-Aspekte, stockt dafür aber auch die Ressourcen- und Resilienz Aspekte auf, so dass das 2:1-Verhältnis zwischen Umwelt und Sozialem gewahrt bleibt (Governments of Colombia et al. 2012: §§9–10). Betont wird zudem, dass die Ziele „ehrgeizig [*aspirational*] und universell in ihrer Reichweite“ sein sollen (ebd.: §4). Viele der frühen, unmittelbar nach Rio+20 verfassten Operationalisierungsvorschläge für Ober- und teilweise auch Unterziele sind im selben Geist verfasst, gleich ob sie aus der deutschen Politikberatung (Boltz et al. 2013) oder aus der internationalen Wissenschaft stammen (Glaser 2012; Griggs et al. 2013). Ambitionierte Trendwenden vor allem im Umweltbereich sind für sie alle das wichtigste Signal, das von SDGs für die internationale Entwicklungspolitik ausgehen muss.

⁴ Diese Inhaltsanalyse wird hier nicht geleistet; als Indiz sollen folgende Worthäufigkeiten genügen: 130mal „Ökosysteme“, 75mal „natürliche Ressourcen“, 19mal „Wirtschaftswachstum“, nur fünfmal „Hunger“. Für Ungleichheiten innerhalb von nationalen Gesellschaften ist die Agenda 21 übrigens, trotz gelegentlicher rhetorischer Referenzen, wenig sensibel; so erscheint nicht ein einziges Mal das Wort „Segregation“. Siehe auch Abb. 1.

Die oben bereits angesprochene Rhetorik der „Balance“ zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Belangen, die seit Brundtland und der Agenda 21 *auch* immer zum Diskurs Nachhaltiger Entwicklung gehört hat, markiert zwar auch in den Anfängen der SDGs eine potenzielle Zwiespältigkeit, denn sie kann ja von zugunsten bzw. zuungunsten jeder der drei Dimensionen bzw. politischen Stoßrichtungen verwendet werden. (So hatte auch Nachhaltigkeit immer schon die convening power eines „Suchraums“ für unterschiedlichste Akteure einerseits, die Tendenz zum Ornament, zum „semantischen Goldstaub“ andererseits [RNE 2004: 8]). Sie findet sich in diesen frühen Vorstößen allerdings in geringen Dosen. Hingegen werden drei entscheidende Unterschiede zu den sozial und ökonomisch ausgerichteten MDGs werden in dieser Phase der politischen Initiative und gesellschaftlichen Diskussion deutlich reklamiert:

- (1)** *universelle* Geltung, also Entwicklungsziele auch für „den Norden“ bzw. „die Reichen“ (Vandemoortele 2010; Töpfer und Yogeshwar 2011: 123f.; Munasinghe 2011), wobei
- (2)** nicht lediglich Entwicklungstrends extrapoliert werden sollten (wie durch die MDGs, vgl. Lepenies 2014: 208) sondern tatsächlich *korrigiert*, und dies vor allem
- (3)** im Sinne der gemeinsamen („aber differenzieren“) Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen.

Für die Anschlussfähigkeit dieser Vision an die der MDGs war es natürlich strategisch wichtig zu betonen, dass Armutsbekämpfung durch die Beachtung planetarer Belastungsgrenzen nicht in Frage gestellt würde (Beisheim 2012: 3f.). Da diese explizite Behauptung mit einer gelegentlich stillschweigenden, gelegentlich offensiven Akzentverlagerung weg vom Wirtschaftswachstum einherging – unter Einschluss

von moderierenden Motiven wie dem der Entkoppelung vom Ressourcenverbrauch (Civil Society Reflection Group 2012: 35-60) – wurde die Kritik an zwischen- und innerstaatlicher *Ungleichheit* in der Verteilung von Ressourcen ein beinahe ‚natürlicher‘ Verbündeter im SDG-Vorstöß. Eine politische Initiative im emphatischen Sinne (Arendt 2007: 45f.) ist dieser Vorstoß insofern zu nennen, als er mit [1] einerseits ein ganz neues Element in die politische Arena einbringt. Andererseits *aktualisiert* er mit [2] und [3] die seit den Siebzigerjahren kurrente, in der Agenda 21 gipfelnde Idee ökologisch verträglicher Entwicklung (inclusive Vorstellungen von „contraction and convergence“ aus dem Klimadiskurs) und verbindet sie implizit oder explizit mit der Idee einer transformativen Trendwende im Wohlstandsverständnis.

Durch die Idee universaler Ziele wurde der Anspruch auf öffentliche Aufmerksamkeit für die Nachhaltigkeitsthematik erneuert⁵ – eine genuine Leistung politischer Öffentlichkeit, in der ein Thema, das „sein Problem nicht gelöst“ hat, „als neues Thema wiedergeboren werden“ kann (oder sogar muss; vgl. Luhmann 2007: 19). Weiterhin wurde, indem man einerseits auf einen vorherigen Konsens sich berief, also eine gemeinsame Rationalität voraussetzte, andererseits das neue, noch keineswegs konsensuale Element der „Ziele für den Norden“ akzentuierte, zweierlei angestrebt: Die nationalstaatlichen Akteure sollten durch den Druck der Argumente, die auf die Lücken bei der Umsetzung von bereits Vereinbartem verweisen, *überzeugt* werden, es wurde aber auch ein *Akkulturierungs*-Prozess in den Gesellschaften angeregt bzw. vorangetrieben, der seinerseits als Veränderung der „organisationellen Umwelt“ der Staaten Druck auf diese ausüben kann. Beide Mechanismen, Überzeugung und Akkulturation, sind essentiell für die Durchsetzung von internationalem Recht, sowohl „hartem“ wie „weichem“ (Goodman und Jinks 2004: 635–656).

⁵ Dabei wird davon ausgegangen, dass der Rio-Prozess in der ersten Dekade des Jahrhunderts stagniert ist; eine Behauptung, die hier nicht detailliert belegt werden kann. Sie erstreckt sich in unterschiedlicher Weise auf die durch Vertragsmechanismen bewehrten Teile der Agenda 21 – Klima, Biodiversität und Wüstenbildung – und auf Bereiche, die durch solche Verträge nicht oder nicht genügend abgebildet waren, wie Ozeane und Städte. Ein Strang der frühen strategischen Diskussionen um SDGs konzentrierte sich darauf, ob eine ‚Dopplung‘ bereits existierender ‚harter‘ Zielvereinbarungen in den UN-Rahmenkonventionen durch ‚weiche‘ SDGs der Zielerreichung eher förderlich (Civil Society Reflection Group 2012: 65ff., Griggs et al. 2013) oder hinderlich wäre (Beisheim 2012, Rivera 2013). Im aktuellen Vorschlag für SDGs hat sich die erste Sichtweise durchgesetzt, wobei dem Primat bestehender Verträge hin und wieder Zugeständnisse gemacht werden (siehe z. B. UNGA 2015: §§ 31–33).

Der frühe SDG-Impuls mit seiner innovativen und fordernden Rhetorik – fordernd, weil 2012 noch keinesfalls klar war, ob es überhaupt SDGs geben würde und wenn ja, ob diese die MDGs ersetzen oder ergänzen würden – weist vier Merkmale auf, die zunächst trivial erscheinen mögen: Er

- (1) appelliert *normativ* an die Idee
- (2) eines als universal verstandenen *Gemeinwesens* und die Sorge für dessen Wohl,
- (3) grenzt sich von anderen *Alternativen* (z. B. der eines Weiter-so der Armutsbekämpfung durch unqualifiziertes Wirtschaftswachstum) ab und betont
- (4) die Notwendigkeit einer *pluralistischen* Debatte um die Zielkonkretisierung und die Zuweisung der differenzierten Verantwortungen an die beteiligten Akteure.

Diese vier Merkmale – Gemeinwohlbezug, Normativität, Pluralität der Sichtweisen und Polarisierung in Alternativen – definieren m. E. „das Politische“. Dieses verstehe ich dabei als einen kommunikativen Modus der Gesellschaft, als eine bestimmte Art und Weise, Themen zu „rahmen“, und nicht lediglich als ein auf Entscheidungen spezialisiertes Subsystem (für welches „die Politik“ stünde).⁶ Im nächsten Kapitel versuche ich zu skizzieren, wie diese politischen Elemente in den SDGs (paradoxiertweise) durch „Politik“, nämlich durch die institutionalisierten Beratungs- und Verhandlungsprozesse der Jahre 2013 und 2014 geschwächt worden sind.

II. Konsultationen und Verhandlungen 2012 – 2014: Balance durch Aufblähung

Der von Kolumbien und anderen vor Rio+20 eingeschlagenen Richtung, *exemplarische Schwerpunktthemen* mit Einigungs- und Veränderungspotenzial als Verhandlungsleiterschnur der SDGs vorzuschlagen, war bereits das Outcome-Dokument der Konferenz selber nicht wirklich gefolgt. Die Paragraphen zu SDGs enthielten ein ‚leeres‘ Verhandlungsmandat (was bereits als Erfolg galt), enthielten sich jeder Spe-

zifizierung von Prioritäten (UNGA 2012: §§245–251) und ließen in manchen Sätzen bereits erkennen, welcher breiten Heerstraße „ausbalancierter“ Nachhaltigkeit der Verhandlungsprozess später folgen sollte (etwa mit der Mahnung, die SDGs sollten „zur vollen Umsetzung der Ergebnisse *aller größeren Gipfel im ökonomischen, sozialen und Umwelt-Bereich* beitragen“ [ebd.: §246, Herv. M. R.]). Das gesamte Dokument

⁶ Die entsprechende Grundbegrifflichkeit habe ich, an verschiedene politische Theoretiker von Aristoteles bis Hannah Arendt anschließend, in meiner Dissertation ausgearbeitet und im Hinblick auf eine Inhaltsanalyse von Interviews so operationalisiert, dass ein Mehr oder Weniger an politischer Kommunikation identifizierbar wurde (Rivera 2015). Dabei ist das Polarisierungs-Moment gewissermaßen das Salz in der Suppe, dessen Würze eine Zuspitzung politischer Kommunikation hin auf das Entscheidungs-Moment anzeigt.

trägt das Gepräge einer bemühten Ausgewogenheit zwischen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem,⁷ das seine Lektüre im Vergleich zur zwanzig Jahre älteren Agenda 21 – trotz deutlich geringeren Umfangs des 2012er Dokumentes – für den politisch Interessierten recht mühsam macht. Immerhin findet sich die Bekämpfung „nicht-nachhaltiger“ Trends, also das kritische Moment, noch recht prominent am Anfang des Dokumentes (ebd.: §4); drei Jahre später, in der ausverhandelten Agenda 2030, sollte sie dann deutlich weiter hinten versteckt sein (UNGA 2015: §28).

Unter dem mit SDGs zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs enggeführten Stichwort einer Post-2015-Entwicklungsagenda war unabhängig von Rio unterdessen auch eine Kritik der Entwicklungs-Community an den MDGs synthetisiert und offizielliert worden. In dieser Kritik waren sozialökologische Aspekte wie der Abbau von Ungleichheiten in und zwischen Ländern, die Bewältigung des Klimawandels und die Widerstandsfähigkeit gegen Naturkatastrophen (Resilienz) ebenfalls präsent. Sie mussten sich die Aufmerksamkeit allerdings unter anderem mit den Dimensionen Frieden, Sicherheit und staatliche Handlungsfähigkeit teilen (UNTT 2012) – Dimensionen, die sich prominent auch den sog. Bellagio-Zielen wiederfinden, die aus einem vom kanadischen Centre for International Governance Innovation (CIGI) mit Rockefeller-Geldern vorangetriebenen, breit angelegten Dialogprozess unter Entwicklungsexperten hervorgingen. Drei dieser zwölf Ziele waren den genannten politischen Systemzuständen gewidmet, gegenüber nur zwei umweltnah formulierten Oberzielen („Environmental Sustainability“ und „Resilient Communities“; Bates-Earner et al. 2012: 4). Den vorerwähnten Task-Team-Bericht der Vereinten Nationen interpretierten die Autoren des CIGI-Vorschlages als Aufruf, „über Armutsminderung hinauszugehen und eine *ganzheitliche Entwicklung* voranzutreiben“ (ebd.: 5, Herv. M. R.), wobei sie die „Ganzheitlichkeit“ in den Zielen als relativ gleichberechtigtes Nebeneinander der ökonomischen, sozialen und ökologischen Säulen ausbuchstabierten. Ökonomischen Belangen wurde in Form von zwei eigenen Oberzielen („Inclusive Growth“ und Infrastruktur) starkes Gewicht verliehen – besonders dem technischen Ausbau von Infrastrukturen –, und in vielen nicht-ökonomi-

schen Zielbereichen zog man volkswirtschaftliche Indikatoren in Erwägung, z. B. BIP-Verluste durch Katastrophen im Resilienz- oder Straßenbauausgaben im Transportbereich (ebd.: 46, 53).

Der CIGI-Bericht teilte zwar die kolumbianische Vision universaler Oberziele und regional differenzierter Unterziele und machte in Bezug auf die letzteren für reiche Länder, etwa im Arbeitsmarkt- oder Gesundheitsbereich, auch zahlreiche originelle Operationalisierungsvorschläge. Es tauchten aber weder Begriff noch Idee einer Transformation in ihm auf. Wachstum als notwendige Bedingung zur Erreichung der „ganzheitlichen“ Entwicklung wurde pauschal vorausgesetzt und allenfalls als „inklusiv“, selten (etwa bei Arbeitsplätzen) auch als „grün“ teilqualifiziert. Ressourcenaspekte waren in ein einziges Oberziel zusammengepackt, während sie in den anderen zehn kaum eine Rolle spielten, auch nicht in so einem naheliegenden wie „Ernährung und Wasser“. Planetare Grenzen wie die Ozeanversauerung erwähnten die Autoren ein einziges Mal, Konsummuster – ein zentraler Punkt der kolumbianischen Initiative – gar nicht. Die entsprechende Kritik, die Bellagio-Ziele seien nicht transformativ im Sinne der SDG-Vision, ließ zwar nicht auf sich warten (Martens 2013: 32; Rivera 2013: 5040), gehörte Anfang 2013 jedoch bereits zu einem defensiven Komplex – defensiv im Hinblick auf das Hineindrängen der Anhänger ‚konventioneller‘ Entwicklungsmodelle in die Definition der Post-2015-Agenda. Dadurch, dass mittlerweile immer deutlicher wurde, dass ein ‚Split‘ z. B. zwischen weitergeschriebenen MDGs und additiven neuen SDGs für keine Seite wirklich wünschenswert war, wurde der Kampf um die politische ‚Linie‘, um das Narrativ ganz und gar auf das Feld der SDG-Definition verlagert.

Symptome der zunehmend defensiven, ja frustrierten Atmosphäre unter den durchaus am transformativen Moment interessierten entwicklungspolitischen NGOs sind mir z. B. von einer Post-2015-Tagung in Bonn in Erinnerung, die der deutsche Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe und das internationale Netzwerk Beyond 2015 im März 2013 gemeinsam ausgerichtet hatten. Man reagierte zunächst enthusiastisch, als der ehemalige IWF-Chef

⁷Dies drückt sich gegenüber der in Fußnote 4 aufgeführten Schlüsselwortzählung der Agenda 21 v. a. in einer Zunahme des relativen Anteils der Erwähnungen von Wirtschaftswachstum aus sowie im Hinzukommen der sozialen Kategorie „Arbeitsplätze“. Zur Verschiebung der Wertigkeiten und den Wortzahlen siehe unten, Abb. 1.

und Altbundespräsident Horst Köhler, ins sog. High Level Panel of Eminent Persons (HLP) berufen, in seiner Eröffnungsrede von „struktureller Transformation“ sprach, fragte sich aber im nachhinein auf den Gängen des Konferenzgebäudes, ob er mit seiner ausschließlichen Konzentration auf die Ausweitung und Stabilisierung formeller Arbeitsmärkte eigentlich dasselbe gemeint habe wie die Mehrheit der Anwesenden. Dem Sherpa des in den Verhandlungen befindlichen HLP, Homi Kharas, schlug unverhohlener Argwohn entgegen, was teils mit seiner Weigerung zu tun hatte, in bestimmte vertrauliche Diskussionsdetails Einblick zu geben, teils mit substantziellen Aspekten wie der sich abzeichnenden Weigerung des Panels, das Konzept planetarer Grenzen in seine Empfehlungen mit aufzunehmen, und der Skepsis gegenüber alternativen Wohlstandsindikatoren. Teilweise forderten die zivilgesellschaftlichen Vertreter, zur nächsten Sitzung des Panels in Bali eine „rote Flagge“ zu hissen, also eine Protestnote zu senden. Sie artikulierten auch das generelle Gefühl des Kooptiertseins durch die Vereinten Nationen, den Wunsch, wieder „auf die Straße“ zu gehen, etc.

Jenseits grundsätzlicher Dilemmata zivilgesellschaftlicher Beteiligung, wie sie eben auch hier sich äußerten, war die konkrete Kritik bzw. der Verdacht gegen das HLP in diesem Fall nur teilweise berechtigt. Auch wenn der zwei Monate später veröffentlichte Bericht des Gremiums tatsächlich die Stichworte Planetare Grenzen und Wohlstandsdefinition weitgehend (nicht völlig) mied, zeigte doch bereits sein Titel an, dass man es mit der ökologischen Transformationsidee etwas ernster nahm als CIGI: „Eine neue globale Partnerschaft: Armut beseitigen und Volkswirtschaften durch nachhaltige Entwicklung transformieren“ (HLP 2013). Von fünf Kernbotschaften des Textes lautete die zweite, dass entwickelte Länder eine besondere Rolle bei der Zielerreichung spielen müssten: durch Förderung grüner Technologien und durch veränderte Konsummuster (unter Einschluss des Aspekts besser kontrollierter Wertschöpfungsketten; vgl. ebd.: 8). Die absolute Armutsdefinition und damit die simple Möglichkeit des trickle-down bei der Bekämpfung von Armut wurden zwar nicht ad acta gelegt, aber in ihrer Bedeu-

tung doch deutlich eingeschränkt; eine konsequente Desaggregation aller Indikatoren nach Einkommensgruppen, Geschlecht, Region usw. wurde als Priorität bezeichnet (ebd.: 29). Auch wenn der konkrete Katalog von zwölf Oberzielen dann doch wieder stärker dem CIGI-Vorbild folgte, zeichnete sich in den Unterzielen, etwa im Wasser- oder Energie-Bereich, doch ein deutlich stärkeres Mainstreaming ökologischer Aspekte ab, bisweilen sogar mit ‚revolutionärem‘ Anstrich (Unterziel der Abschaffung aller Subventionen für fossile Energieträger; ebd.: 44).

Der Aufschlag des High Level Panel war im Sinne einer „Balance“ verfasst der sog. drei Nachhaltigkeitsdimensionen verfasst (mit einer Akzentverschiebung hin zum Sozialen),⁸ dies aber auf eine bemerkenswert intelligente Weise: In die Fortschreibung der klassischen MDG-Bereiche wie Gesundheit, Ernährung, Bildung und Hunger waren transformative bzw. dem Ressourcenaspekt anspruchsvoll Rechnung tragende Unterziele so eingearbeitet, dass die Post-2015-Agenda sowohl für die Anwälte eines „Rechts auf Entwicklung“ als auch für die Verfechter einer ökologischen Transformation attraktiv wirkte. Ziele zu nachhaltigem Konsum waren zwar schwach ausgeprägt, in Gestalt eines Unterziels zur öffentlichen Beschaffung aber immerhin angesprochen (ebd.: 48). Dem Prinzip gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung wurde durch den Vorschlag globaler Ober- und national differenzierter Unterziele (bzw. Ziel-Niveaus) Rechnung getragen. Dabei war das Narrativ im Vergleich zum Infrastruktur-Ausbau-Tenor der Bellagio-Ziele wieder etwas hin zum Transformativen gerückt. Verwischt wurde es allerdings durch die sehr pauschale Akzentuierung von Arbeitsplätzen (vgl. die oben erwähnte Rede von Horst Köhler und Fußnote 8) sowie durch den Einschluss dreier Oberziele zu Good Governance, Frieden und globalen Finanzmärkten, die nicht nur in sich ziemlich heterogen waren (im Finanzmarktziel fand beispielsweise das Zwei-Grad-Ziel der Klimarahmenkonvention Unterschlupf!), sondern auch eine Breite von Aspekten in das Zielsystem hineinbrachten – von Gewalt gegen Kinder bis hin zum freien Zugang zu Regierungsdokumenten – die es verunklarten und mit dem

⁸Um erneut die provisorische Zählung zu bemühen: Das Dokument spricht 13mal von „Hunger“, achtmal von „Wirtschaftswachstum“, zehnmal von „natürlichen Ressourcen“ und neunmal von „Ökosystemen“. Das ‚Soziale‘ wird in einem ganz bestimmten Sinne durch das Proliferieren des Wortes „Jobs“ betont: dieses taucht 55mal auf, während es beim (ungefähr halb so langen) *The Future We Want* erst sechsmal und in der Agenda 21 gar keine Erwähnung gefunden hatte (vgl. auch Abb. 1).

Anspruch ‚totaler Nachhaltigkeit‘ oder, in der CIGI-Sprache, „Ganzheitlichkeit“ überladen.

Auf dem Fuße folgte der Vorschlag des stärker akademisch aufgebauten, allerdings von MDG-Promotor Jeffrey Sachs initiierten und präsierten Sustainable Development Solutions Network (SDSN). Seine zehn Oberziele schlossen – um mit einer Gemeinsamkeit zum HLP-Report anzufangen – ebenfalls ein separates Governance-Ziel ein, wobei man sich weniger auf die Millenniums-Erklärung bzw. das achte Millenniumsziel berief als auf *The Future We Want*, wo es geheißen habe, dies sei das „Fundament“ oder aber die „vierte Dimension“ nachhaltiger Entwicklung (SDSN 2013: vii). Durch breit, um nicht zu sagen vage formulierte Unterziele dieses Governance-Bereichs wurden sowohl der zu dieser Zeit verstärkt diskutierte Bereich des Monitoring und Review adressiert als auch mit den anderen SDGs konsistente und diese unterstützende „Regeln für den internationalen Handel, das Finanzwesen, die Besteuerung, die Unternehmensberichterstattung und das geistige Eigentum“ (ebd.: ix). Die Formulierung spiegelt die in ihrer Breite und Vermessenheit im Zusammenhang mit den SDGs bei Wissenschaft wie Zivilgesellschaft (vgl. VENRO 2014: 12f.) recht geläufige Ambition wider, in von der UN-Generalversammlung zu beschließenden, nicht-bindenden Politikzielen quasi alles neu zu regeln: von einem neuen Welthandelssystem bis hin zur Friedenssicherung (auch wenn letztere im SDSN aus dem Zielkatalog selbst ausdrücklich ausgeklammert und zur Aufgabe der „breiter“ zu verstehenden Post-2015-Entwicklungsagenda erklärt wurde [SDSN 2013: 35]). Der SDSN-Bericht besaß allerdings in seiner Argumentation für die Auswahl von Oberzielen die pragmatische Klugheit, die *Interdependenzen* zwischen ihnen zentral zu machen und dabei z. B. die Rolle der Beilegung von Umweltkonflikten in der Landnutzung (Ziel 9) oder der Investitionen in Bildung (Ziel 3) für die Querschnittsdimension Frieden und Sicherheit hervorzuheben (ebd.: 32–33).

Die Rolle solcher Querschnittsaspekte und die Suche nach entsprechenden Indikatoren, die mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen, war bereits im zweiten kolumbianischen Vorschlag für Rio angesprochen worden und unterdessen etwas in Vergessenheit geraten; dem SDSN kam der Verdienst zu, dieses Fokussierungs-Instrument wieder stärker ins Spiel zu

bringen und so zur Einlösung der Rio+20-Idee von Zielen beizutragen, die „der Zahl nach begrenzt“ wären (UNGA 2012: §247). Entsprechend waren es beim SDSN (im Vergleich zum HLP) bereits zwei Oberziele weniger. Damit wurde die psychologisch kritische Obergrenze von *neun* Fakten, die sich der menschliche Verstand gleichzeitig präsent halten kann (Miller 1956), freilich noch immer knapp verfehlt. Der Aspekt der begrenzten Zahl mag zweitrangig erscheinen; er ist es aber ganz und gar nicht, wenn man davon ausgeht, dass indikative Ziele, um überhaupt gesellschaftliche Wirkung zu entfalten, gesellschaftlich „einfach zu kommunizieren“ (UNGA 2012: §247) sein müssen. Die Wissenschaftler des SDSN erkannten die Notwendigkeit, mit einer begrenzten Zahl an Botschaften „die Welt zu mobilisieren“, an mehreren Stellen ihres Berichtes ausdrücklich an (SDSN 2013: viii, 8, 37).

Der Notwendigkeit der kleinen Zahl zum Trotz, aber ganz im Sinne des sie begründenden Gedankens der Kommunizierbarkeit, wurde im SDSN-Bericht einem vom HLP eher vernachlässigten Megatrend, nämlich der Urbanisierung, durch ein eigenes Oberziel Rechnung getragen: Ziel 7 rief nach dem „Empowerment“ inklusiver, produktiver und resilienter *Städte*. Die Argumente dafür, die Städte auf die oberste Ebene der Zielformulierung zu heben, waren dabei nicht nur substanzieller Natur (Bevölkerungskonzentration, Verwundbarkeit, wirtschaftlicher Einfluss etc.), sondern auch strategischer: Städte sollten als politische *Akteure* unterhalb der nationalen Ebene direkt durch das SDG-System angesprochen werden (SDSN 2013: 19; Revi und Rosenzweig 2013: 4f.; Rivera und Lagos 2013: 2–3). Der entsprechende Vorschlag war am HLP abgeprallt und wurde innerhalb der internationalen Entwicklungs-Community mit dem Argument einer möglichen Benachteiligung ländlicher Räume heftig beföhdet. Man darf aber vermuten, dass hinter solchen Bedenken auch die Abneigung von Staatenvertretern stand, durch die Ownership eines eigenen Ziels die Stadtregierungen eben *zu sehr* zu „empowern“ bzw. ihnen bei den SDGs das Mitspracherecht, das sie sich bei den Klimaverhandlungen nur mühsam, langsam und teilweise erkämpft hatten, ohne weiteres zu gewähren. Das SDSN startete, um diesen Widerständen zu begegnen, im Herbst 2013 sogar eine eigene Kampagne für ein eigenes Nachhaltigkeitsziel für Städte, der sich zahlreiche Wissenschaftler und natürlich die Städtenetzwerke anschlossen.

Was in dieser Phase der Diskussion – die natürlich im ‚technischen‘ Bereich, also um Indikatoren, nicht weniger heftig geführt wurde als auf der Ebene von Oberzielformulierungen – im Sinne der hier vertretenen These des ‚Verschenkens‘ von Rationalisierungspotenzial tendenziell auffällt, ist zumindest dreierlei:

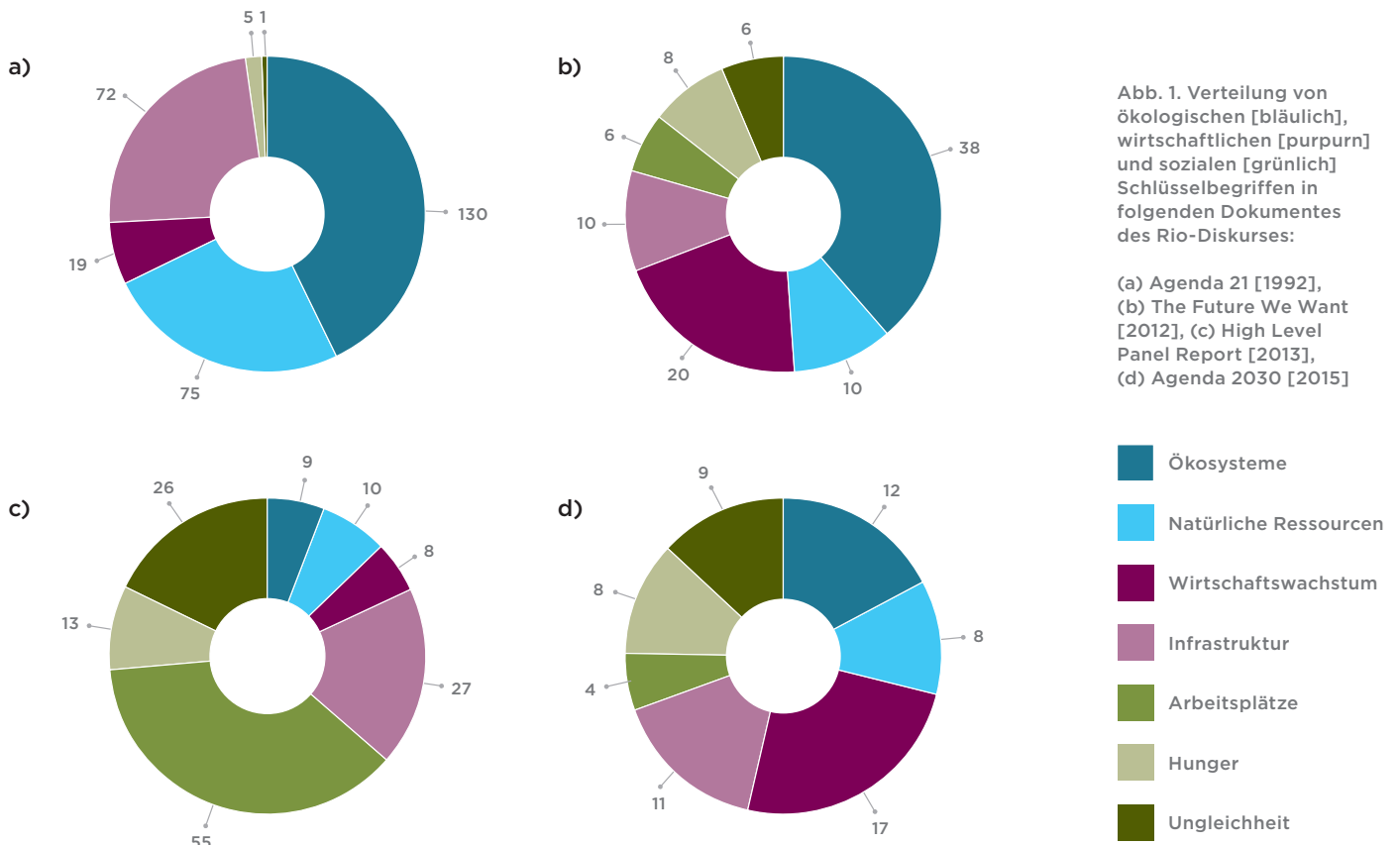
- (1)** ein Hypernormativismus, der in den Dokumenten oft dazu führte, die Millenniumserklärung, die Agenda 21, die Klimadiskussion, die Kritik am Finanzsystem usw. in große neue Entwürfe zu gießen, die
- (2)** unter dem Gewicht ihrer Weltverbesserungsambition sich weit über das rational Fassbare hinaus quantitativ ausdehnten und dabei den Fokus des Transformationsimpulses, der den Anfang der Debatte gebildet hatte, zu verlieren drohten und
- (3)** ihre normative Ambition nur vage mit institutionellen Vorschlägen zur Umsetzung der Ziele – zum Beispiel zur Ausgestaltung des durch Rio+20 als Nachfolger der Commission on Sustainable Development eingesetzten Hochrangigen Politischen Forums – unterfütterten.

Dabei wird, in den Begriffen der Einleitung, die Zweckrationalität der SDGs zwar heftig diskutiert, aber selten auf die höchste Ebene eines strategischen Sinns für politische Gelegenheit gehoben (wie im Falle des Städteziels), während die Wertrationalität des „Bewusstwerdens“ von Glauben harmonistisch eher vermieden wird, indem die trade-offs zwischen den Zielen kaum je offen gelegt werden. Der Hypernormativismus schlägt in sein Gegenteil um: Alles, von der Gleichstellung der Geschlechter bis hin zur Formalisierung der Arbeitsmärkte, wird Priorität, das heißt eigentlich gibt es keine Prioritäten mehr.

Dieser Entpolitisierungs-Effekt trat wohlgermerkt bereits in einer Phase ein, in der noch nicht Staaten verhandelten. Die Vereinten Nationen fanden als Ausgangspunkt für ihre Verhandlungen Konvolute von Vorschlägen vor, die oft das Resultat breiter Stakeholder-Beteiligung waren und doch die gesellschaftliche Teilhabe an künftigen SDGs, die Möglichkeit der praktisch-politischen Aneignung durch nicht-staatliche Akteure kaum je strategisch ins Visier nahmen. Teilweise wurden Maximalforderungen im Diskurs

strategisch damit begründet, im nachhinein werde die zwischenstaatliche Open Working Group (OWG) der Vereinten Nationen ohnehin vieles ‚herausverhandeln‘. Dies sollte sich, wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird, als Irrtum herausstellen.

Ich bezeichne diesen Vorgang deshalb als „Entpolitisierung“, weil hier die in Kapitel I genannten ersten beiden Merkmale des Politischen – die Normativität und das Gemeinwohl – zuungunsten der anderen zwei derart aufgebläht werden, dass vor allem die Polarisierung, das So-und-nicht-anders, fast völlig eliminiert wird. Damit wird die politische Erzählung, wird jede konkrete ‚Kernbotschaft‘ im Zielsystem unleserlich. Mit der in der anhand von Entwicklungsprojekten klassisch durch James Ferguson beschriebenen Entpolitisierung hat mein Begriff gemein, dass er einen instrumentellen Nebeneffekt der institutionellen Ermächtigung (in diesem Fall der Vereinten Nationen selbst) einschließt und dass er sich, wie in der Einleitung bereits bemerkt, beinahe *à contrecœur*, „hinter dem Rücken es ehrlich meinender Teilnehmer“ vollzieht (Ferguson 1990: 256). Allerdings meine ich im Unterschied zu Ferguson mit Entpolitisierung hier nicht primär die Installation einer Technokratie, eine internationale Über-„Standardisierung“ von nationalen Entwicklungen und dergleichen. Inwieweit eine solche Schrumpfung der je lokalen *normativen* Dimension des Politischen durch die Implementierung von MDGs erfolgt ist oder durch die von SDGs erfolgen kann, vermag ich nicht einzuschätzen. Die spezifische Entpolitisierung in der Formulierung von SDGs sehe ich vielmehr darin, dass das Gegenüber, von dem sich die politische Erzählung absetzt und das sie bekämpft, tendenziell unkenntlich wird. Für die MDGs hätte man im famosen „elevator pitch“, in den dreißig Sekunden für den ahnungslosen Mann auf der Straße oder die Fernsehnachrichten, solche ‚Gegner‘ noch identifizieren können: Hunger, Krankheiten, mangelnde Schulabschlüsse (Chancen). Vergleichbare, wenn auch anspruchsvollere Kandidaten für die SDGs waren in den Anfängen: nicht-nachhaltige Trends, die Fehlentwicklung „des Nordens“, die ökologische Krise. Sie blieben in den SDGs zwar auffindbar und erhielten sich vor allem auch in der Tatsache der *universellen Geltung*, verloren aber in der Operationalisierung ihre anfängliche Prominenz.



III. Das Ende der Vision: Die Agenda 2030

Die OWG der Vereinten Nationen hatte bereits im März 2013, also noch vor der Vorlage der HLP- und SDSN-Berichte und des aus ihnen synthetisierten Berichts Ban Ki-moons an die UN-Generalversammlung, ihre Arbeit aufgenommen. Diese bestand zunächst in umfangreichen thematischen Konsultationen. Nicht nur die Major Groups des Rio-Prozesses – virtuell jede international organisierte und/oder entwicklungspolitisch aufgestellte Organisation hatte in irgendeiner Form daran teil. Parallel zu den zweimonatlichen Sitzungen der OWG führte die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten des UN-Sekretariats (DESA) nicht nur Informationsveranstaltungen und Debatten in New

York mit Gelegenheit für selbstorganisierte Side Events etc. durch, sondern auch vor- und nachbereitenden Telefonkonferenzen; sie zirkulierte zivilgesellschaftliche Stellungnahmen, richtete Chatrooms ein und moderierte sie, usw. – Hinzu kamen die Berichte und Foren der anderen relevanten UN-Institutionen wie UNEP, Habitat, UNDP usw. (wobei man die relative Zurückhaltung von UNCTAD auffällig nennen kann, reklamierten die SDG-Formulierer doch wieder und wieder die Reform von Subventionen, Zöllen etc.). Die Konsultationen innerhalb Deutschlands wurden dabei nach wie vor vom Entwicklungs- und Umweltministerium organisiert, deren Teams indes bereits schon vor der UN-Generalversammlung 2013 keine Grund-

lage mehr dafür gefunden hatten, im Zwischenbericht der Gesamt-Bundesregierung die transformative Stoßrichtung des SDG-Beginns noch durchscheinen zu lassen.⁹ Dass bei jeder Konsultation die Vertreter umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen sich darin überboten, lange Listen von ‚Essentials‘ für die SDGs zu präsentieren, trug zur Wiedergewinnung dieser Stoßrichtung sicher nicht bei; zumindest wurden hier keine simplen Prioritäten formuliert, die dem deutschen Vertreter bei der OWG (einem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der sich den Sitz mit einem französischen und einem Schweizer Kollegen teilte) hätten mitgegeben werden können. In anderen Ländern scheint es nicht anders gewesen zu sein – im Gesamtergebnis formulierte die OWG zum Abschluss ihrer Konsultationsphase im Februar 2014 ein Dokument mit „Schwerpunkthemen“ für die Verhandlungen, das keinerlei Schwerpunkte erkennen ließ.

Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bevölkerungsdynamik, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Wasser und sanitäre Anlagen, Energie, Wirtschaftswachstum, Industrialisierung, Beschäftigung, „Gleichheit“, Städte und Siedlungen, Konsum und Produktion, Klima, Ozeane, Ökosysteme und Artenvielfalt, Umsetzungsaspekte, Frieden und „handlungsfähige Institutionen“ rangierten sämtlich gleich auf (OWG 2014a). Ein knappes halbes Jahr später war davon kaum etwas ‚herausverhandelt‘, vielmehr lag ein Vorschlag mit 17 (!) Oberzielen und 169 (!) Unterzielen vor, der die Grundlage aller weiteren Diskussionen und Verhandlungen bildete und in recht ähnlicher Gestalt im September 2015 von der UN-Generalversammlung als Agenda 2030 verabschiedet wurde. In diesem Vorschlag stand die „Balance“ zwischen „Umwelt und Entwicklung“ so sehr im Vordergrund, dass nun nicht einmal mehr die Rede von natürlichen Lebensgrundlagen als Voraus-

setzung eines Lebens in Würde war, sondern der Sieg über Armut umgekehrt zur „Bedingung“ nachhaltiger Entwicklung wurde (OWG 2014b: §2). Konsum- und Produktionsmuster sollen nicht länger, wie noch beim HLP, „transformiert“, sondern nur noch „verändert“ werden (ebd.: §3); einem entsprechenden Ziel werden großenteils vagen Absichtserklärungen unterlegt wie die zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung „in Übereinstimmung mit nationalen Politiken und Prioritäten“ (Ziel 12.7) oder zum „nachhaltigen und effizienten Management natürlicher Ressourcen“ (Ziel 12.2).¹⁰ Dass laut Ziel 12.1 Industrieländer „die Führung“ bei der Umsetzung nachhaltiger Konsum- und Produktionsprogramme übernehmen sollen, kann und muss eine kluge Kommunikation transformativer Akteure in diesen Ländern zwar hervorheben, ja sie muss diesen Bereich sogar zur entscheidenden Priorität für Industrieländer im SDG-Rahmenwerk erklären (Osborn et al. 2015: 23) – die Agenda 2030 liefert dazu aber weder von der Rhetorik noch auch von der Architektur der Unterziele her einen Anreiz.

Wirtschaftswachstum muss „erhalten“ bzw. „versteigt“ [*sustained*] werden (UNGA 2015: §§ 3, 9, 13, 27), wird einer eigenen Oberzielformulierung für würdig befunden und legitimiert – auch wenn ihm in der Endformulierung das Attribut „nachhaltig“ beige-sellt wird – ausdrücklich das ‚Weiter so‘, gegen das die SDG-Idee einst zu opponieren schien.¹¹ Die Aufforderung „Das Pro-Kopf-Wachstum in Übereinstimmung mit den nationalen Gegebenheiten erhalten“ ist zwar mit der Bemerkung, die am wenigsten entwickelten Länder sollten dies mit mindestens sieben Prozent per annum tun, gewissermaßen ‚enggeführt‘ (Ziel 8.1), ermöglicht aber Schwellen- und Industrieländern trotzdem die „Rationalisierung“ (im dritten in der Einleitung dieses Working Papers genannten Sinne) genau jener undifferenzierten wirtschaftspolitischen

⁹Das Wort „transformativ“ war dort genau dreimal aufgetaucht: zweimal mit Bezug auf die Schwerpunkte des High Level Panel und einmal im Zusammenhang mit der Notwendigkeit „größtmöglicher Transparenz und Beteiligung“ bei den internationalen Verhandlungen (Bundesregierung 2013: 3, 9). In Bezug auf die transformativen Ambitionen der Bundesrepublik selbst war das Dokument kaum aussagekräftig.

¹⁰Anspruchsvoll (und kommunizierbar) hingegen ist Unterziel 12.3: die Halbierung von Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf, sowohl auf Distributionsebene wie Konsumentenebene und unter Einschluss der Verluste nach Ernten.

¹¹Die Formulierung „sustained economic growth“ ist natürlich kein Spätprodukt der SDG-Verhandlungen. In den Rio-Impulsen taucht sie allerdings vorzugsweise im Kontext der Balance auf („stetiges Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Ressourcennutzung... ausbalancieren“ [Governments of Colombia et al. 2012: 1]) und wird später vom High Level Panel vor allem als Gegensatz zu erratischen Wachstumsschüben und Instabilität etabliert (HLP 2013: 8, 47), zusammen mit Formulierungen wie „sustained prosperity“ oder „sustained access to productive assets“ (ebd.: 60). Im ersten OWG-Vorschlag hat sich die Formulierung verselbständigt; in der Rhetorik der endgültigen Agenda 2030 ist die Bemühung erkennbar, diese Verselbständigung „ausbalancierend“ wieder einzufangen.

Praxen, gegen deren Auswirkungen andere Unterziele des an Ideen natürlich nicht armen Katalogs den Planeten und seine Bevölkerung in Schutz nehmen möchten. Es ist daher noch sehr milde vom Internationalen Wissenschaftsrat, wenn er in seiner Evaluation des OWG-Vorschlags Widersprüche nur *innerhalb* von Oberzielen analysiert (ICSU und ISSC 2015: 19, 55) und nicht auch *zwischen* ihnen und allgemein lediglich empfiehlt, trade-offs und Synergien in einem separaten Dokument bzw. im Rahmen des Monitoring-Prozesses nochmals zu exemplifizieren (ebd.: 5, 85).

Noch einmal zum Prozess der Entpolitisierung bei der Formulierung der Ziele, die ihren ‚Adressaten‘ Weiter-so leichter machen dürfte: Hier hat keine „unheilige Allianz“ zwischen OECD und G77 ein Hinausgehen über unmittelbare Armutsbekämpfung verhindert, wie Umweltvertreter befürchtet hatten (WBGU 2014a: 7). Vielmehr wurde durch den Einschluss virtuell *aller* Belange in die Agenda die politische Botschaft bzw. der Narrativ, der den Raum für plurale Perspektiven auf diese Botschaft erst eröffnen würde, zerstört. (In Abb. 1 habe ich diese Tendenz nochmals anhand der Schlüsselbegriffe verdeutlicht.) Das über nationale Verpflichtungen und entsprechende Länderpartnerschaften im Rahmen des SDG-Reviewprozesses in Bezug auf einzelne Ziele noch manches ‚herausgerissen‘ werden könnte, wenn der Prozess vom Hochrangigen Politischen Forum intelligent aufgesetzt und gesteuert wird (Beisheim 2014), ist sicher richtig. Aber wird die politische Willensbildung zu ambitionierte(re)n Zielsetzungen im Rahmen der Agenda 2030, die ja in den nationalen Arenen stattfinden muss, aus dem SDG-Zielsystem selbst Impulse erhalten können? Dies ist eine Frage, die für das politische Potenzial der Ziele wesentlich ist. Die immer wiederholte Rede von „Umsetzung“, also die Betrachtung des Verhältnisses der UN- zur nationalen Regierungsebene bzw. – strategisch anspruchsvoller – zwischen einzelnen Staatengruppen, die aneinander im Rahmen der Entwicklungspolitik bestimmte finanzielle und industriepolitische Anforderungen stellen (ebd.: 11) antwortet darauf, für sich genommen, genauso wenig wie der pauschale Ruf nach weiterer „Beteiligung“.

Die „horizontale Dimension einer [globalen, M. R.] Verantwortungsarchitektur“, als welche Anwälte einer „Weltbürgerbewegung“ das „Zusammenspiel von Multilateralismus und Zivilgesellschaft“ beschreiben möchten (WBGU 2014b: 2), mag mit dem Klimadiskurs ja vielleicht wirklich noch über einen Leitidee verfügen, die Druck von unten auf die Verhandlungen der Nationalstaaten aufbaut (auch wenn die unterschiedlichen Betroffenheiten zwischen Regionen und Gesellschaftsschichten m. E. durch solche Beschreibungen tendenziell unterschätzt werden). Das Bild einer Weltbürgerbewegung aber suggeriert bereits im Fall des Kampfes gegen den Klimawandel eine Vergemeinschaftung, die über Nationalstaatsgrenzen hinweg nur sehr partiell möglich werden dürfte. Beim Nachdenken über globale Nachhaltigkeitsziele, die eine ganze Entwicklungs-Agenda abdecken sollen, wird vollends deutlich, dass es eher darum gehen kann und muss, subnationalen Akteuren des Wandels selektiv (und damit greifbar) Legitimitätsquellen zur Verfügung stellen, die sie effektiv für ihren Kampf in der nationalen Arena gebrauchen können, und dass die resultierende Vernetzung und Verbundenheit dann großenteils *indirekt* sein wird – so etwa wie, *mutatis mutandis*, beim Bezug auf die Menschenrechte. Wenn die Agenda aber allen Akteuren diese Quellen, diese Identifikationsmöglichkeit bieten will – vom chinesischen Wirtschafts- bis zum deutschen Umweltministerium, von der kolumbianischen Kleinbauernorganisation bis hin zu Siemens – dann wird sie weder Bewegungen auslösen noch längerfristig erhalten können. Sie wird der nächste frustrierende Papiertiger sein, der MDG 8 oder die Biodiversitätskonvention bereits waren – ohne mit der letzteren die normative Kraft faktisch rechtsgültiger Verträge zu teilen. Die Teil-Erfüllung von Zielen im Sinne des Pflückens tiefhängender Früchte wird für Regierungen das wahrscheinlichste Szenario.¹² Darauf, es zu

¹² Wenn sie nicht durch Anreize *anderen* Ursprungs dazu instand gesetzt werden, ihrerseits anspruchsvolle SDG-Unterziele als *zusätzliche* Legitimitätsquelle zu nutzen. Bei einem Aktionsforschungsprojekt im SDG-Ursprungsland Kolumbien habe ich allerdings festgestellt, dass internationale Zielsetzungen oder Standards nur in Themenbereichen auf politische Resonanz stoßen bzw. von transformativen Akteuren angeeignet werden, die politisch bereits hoch auf der Agenda stehen – und zwar im Sinne der Kontroverse (im Fall Bogotá: Land und Böden), nicht des Konsenses (dort: Wasser) (Rivera 2014).

vermeiden (also: Schadensbegrenzung zu betreiben), richten sich meiner Beobachtung nach die meisten

Beiträge der letzten Monate zur Ausgestaltung des Hochrangigen Politischen Forums.¹³

Ausblick: Globale Nachhaltigkeitsziele als ‚richtige‘ Rationalität?

Wenn zu Beginn dieses Aufsatzes behauptet wurde, es gäbe ein Rationalisierungspotenzial in politischen Zielen, dann war dabei im Rückgriff auf bestimmte Konnotationen des Rationalitätsbegriffs bei Max Weber (und natürlich Jürgen Habermas) vorausgesetzt, es seien Maßstäbe für *Fortschritte* von Rationalität möglich, und zwar auch im politischen Handeln. Diese Setzung fundamental zu verteidigen, ist hier nicht der Raum. Eine kommunikative Rationalisierung des öffentlichen „Argumentationshaushalts“ (Peters 2001: 657) als gründlichere Verständigung über gesellschaftliche Zwecke steht nämlich in einem durchaus komplexen Verhältnis zum effektiveren („rationaleren“) systemischen Funktionieren (vgl. Greve 2011). Im Hinblick auf politische Diskurse muss an dieser Stelle die Bemerkung genügen, dass als theoretische Alternativen zur erhöhten Wertrationalität entweder ein Dezisionismus der letztlich nicht begründungsfähigen, „irreduziblen“ Antagonismen (Mouffe 2007) oder ein radikaler Konstruktivismus von politischen Rationalitäten im Plural, also ihre Auflösung ins „Relationale“ bereitstehen (Lemke et al. 2000: 20). Die erste Alternative (Max Webers alter „Kampf der Götter“, also der Werte) setzt einen nicht-wahrheitsfähigen Begriff von Normativität voraus, die zweite eine radikale Beobachterperspektive, in der man lediglich registriert wie sich Diskurse konstituieren und

verschieben (Foucaults „fröhlicher Positivismus“). Mit beiden Voraussetzungen kann sich eine kritische, transdisziplinär engagierte Nachhaltigkeitsforschung, die den Hintergrund dieses Artikels bildet, schwerlich abfinden. Sie ist bewusst parteilich (Rosendahl et al. 2015) und muss davon ausgehen, dass ein gerechtes Mehr an sozialer Inklusion durch politisches Handeln und Aushandeln prinzipiell genauso möglich ist wie eine demokratische Gestaltung umweltverträglicher Entwicklung.

Die enorme Erwartung umweltpolitisch engagierter Communities, dass globale Nachhaltigkeitsziele ihren entsprechenden Bestrebungen Legitimität und Momentum verleihen könnten, muss von einer solchen Forschung aus der Teilnehmerperspektive ernst genommen werden; jede Kritik an den Zielen ist daher eine ‚immanente‘. Deshalb ist die Behauptung, dass die SDGs eine bestimmte ‚richtige‘ Rationalität der gesellschaftlichen Bewegung, nämlich die in Richtung Nachhaltige Entwicklung, politisch neu ins Spiel gebracht haben, genauso wenig rein deskriptiv wie die ihr komplementäre: dass sie diese Rationalität durch ihre konkrete Ausgestaltung wieder *aufs Spiel setzen*. Beides ist immer auch Ausdruck einer normativen Interpretation, sei diese stärker hoffnungsvoll oder pessimistisch. Die Hoffnung beruht dabei einer-

¹³ So war das Vermeiden von „Cherry picking“ eines der wichtigsten Stichworte der 2015er Diskussionen um die künftige SDG-Implementierung. Auch Autoren wie Osborn et al. (2015) oder Bachmann und Kraemer (2015) waren bereits damit beschäftigt, innerhalb ihrer Länder bzw. Ländergemeinschaften das ‚Herauspicken‘ der *richtigen*, transformativen Prioritäten aus den SDGs zu operationalisieren und anzumahnen, dass bereits existierende *weiterführende* Zieldefinitionen z. B. aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht etwa umgekehrt durch die SDGs verwässert werden.

seits darauf, dass eine kritische Masse von Akteuren die SDGs als politische Waffe im Kampf um Nachhaltigkeitstransformation annimmt; andererseits will sie appellativ zu genau diesem Annehmen mit *beitragen*. Der Pessimismus weist grundsätzlich darauf hin, dass die Pluralität der Perspektiven auf Entwicklung, die zum politischen Charakter von Zielsetzungen unabdingbar mit hinzugehört, mit der für diesen Charakter ebenso unabdingbaren Zuspitzung auf echte Alternativen hin im Clinch liegen muss (vgl. Rivera 2015: 30f.); er findet sich durch den schwachen Multilateralismus der Vereinten Nationen bestätigt, wo der Pluralität bereits auf der Ebene von Zielen, geschweige denn von Mitteln, so die Zügel schießen gelassen werden, dass von echter Rationalisierung bis hinunter zu den nationalen Politikaren kaum die Rede sein kann.¹⁴

Dass Deutschland sich „als Entwicklungsland im Sinne der Nachhaltigkeitsziele“ verstehen lernen könnte (VENRO 2014: 4), wird durch die Gestalt, die diese Ziele im Laufe der internationalen Konsultations- und Verhandlungsprozesse angenommen haben, zumindest nicht wahrscheinlich gemacht; Ähnliches gilt wohl für die meisten Länder der OECD. Ist die Vision eines „pragmatistischen“, kritisch-konstruktiven Wechselverhältnisses von wissenschaftlicher und politischer Vernunft (Habermas 1969: 126), die für die Nachhaltigkeits-Community mit ihren historischen Wurzeln sowohl in Umweltwissenschaften wie Umweltbewegung so essentiell ist, auf der ‚obersten Ebene‘, der Ebene politischer Zielsetzungen, also zum Scheitern verurteilt? Darauf kann ich in diesem Working Paper keine abschließende Antwort geben. ‚Bessere‘, nämlich selektiv-‚exemplarische‘ Konstruktionen von SDGs wären vermutlich möglich gewesen, wenn Politiker und Stakeholder ‚wissenschaftlicher‘ (zweckrationaler)– aber auch, wenn die Wissenschaftler ‚politischer‘ gedacht hätten, also mit einem größeren Sinn für politische Gelegenheit und gesell-

schaftliche Sichtbarkeit (vgl. Rivera 2013). De facto hat die Wissenschaft mit ihrem allzu bedenkenlosen Gebrauch von Grenzwertideen (Glaser 2012, WBGU 2014a; vgl. kritisch Schmidt 2013) im SDG-Prozess vermutlich eher noch die Tendenz zur Aufblähung der Unterziel- und Indikatorenlisten verstärkt – und damit, im Endeffekt und sehr gegen ihre Intentionen, zur Verwischung des transformativen Narrativs mit beigetragen.

In einem Szenario vor dem gegenwärtigen, ‚unübersichtlichen‘ Multilateralismus aber hätte eine vergleichbar ‚vernünftige‘ Zieldiskussion, wenn sie dann überhaupt in ähnlicher Weise möglich gewesen wäre, vermutlich in technokratisch verbrämten Dezisionismus gemündet (wie bei der Etablierung des Bruttoinlandsprodukts als internationaler Zielgröße nach dem Zweiten Weltkrieg; vgl. Lepenies 2013). Solchem direkten Durchschlag von Wissenschaft auf die Legitimierung von Politiken ist der schwache ideologische Effekt von SDGs, die Harmonie der Entwicklung dort behaupten wo keine ist, immerhin vorzuziehen, denn er *verhindert* ja nicht prinzipiell – wie im Falle des BIP –, dass Alternativen zur Sprache kommen. Die Agenda 2030 ist kein Dogma. Gerade in ihrer Schwäche und Heterogenität lässt sie Raum dafür, dass die kritischen Stimmen, die sich im Prozess der SDG-*Findung* artikuliert haben, es im Prozess der „*Umsetzung*“ mit neugewonnener Kraft weiterhin tun, und dass Akteure, die sich in den letzten drei Jahren erstmals oder erneut zusammengefunden haben, aus diesen Verbindungen politisches Kapital schlagen. Insofern bleibt das Eingangsstatement, kritisierbare SDGs seien gute SDGs, weiterhin gültig – wenn auch gemindert um die Einsicht, dass die Entpolitisierung der Ziele in den letzten drei Jahren es schwieriger gemacht hat, das Narrativ der Nachhaltigkeitsziele national oder international als etwas zu begreifen, „was Vielen gemeinsam ist, sie trennt und verbindet“ (Arendt 2007: 52). ■

¹⁴ Das Problem stellt sich allerdings nicht erst auf Ebene der Vereinten Nationen, wie man an der eingeschränkten Wirksamkeit nationaler Zielsysteme, etwa der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, sehen kann. Es wird verstärkt durch das Fremdeln der professionalisierten legislativen Strukturen mit ressortübergreifenden Zielsystemen und durch das umgekehrte Versäumnis der internationalen Verhandler, Parlamente an einer Stelle einzubeziehen, die sich von der beteiligter Bürger oder „philantropische Organisationen“ radikal unterscheidet (vgl. UNGA 2012: §259; UNGA 2015: §§ 45, 52) bzw. sie als mehr denn bloße „Stakeholder“ zu betrachten (President of the General Assembly 2015: §37).

Referenzen

- Arendt, H. 2007.** *Was ist Politik?* Fragmente aus dem Nachlass. Herausgegeben von Ursula Ludz. München: Piper.
- Bachmann, G., A. Kraemer. 2015.** Globale und nationale Nachhaltigkeitsziele und Erwartungen an Deutschlands Institutionen und Verfahren. Zwischenbericht an den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu den weiteren Beratungen. <https://conferences.geomar.de/getFile.py/access?resId=2&materialId=2&confId=3> (Abruf: 27.5.2015).
- Bates-Earner, N., B. Carin, M. H. Lee, W. Lim, M. Kapila. 2012.** Post-2015 Development Agenda: Goals, Targets and Indicators. Seoul: CIGI/KDI.
- Beisheim, M. 2012.** Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung. *SWP-Aktuell* 57: 1–4.
- Beisheim, M. 2014.** Ein Review-Mechanismus für die Post-2015-Ziele nachhaltiger Entwicklung. *SWP-Studie* 16. Berlin: SWP.
- Boltz, F., W. R. Turner, F. W. Larsen, I. Scholz, A. Guarín. 2013.** Post 2015: Reconsidering Sustainable Development Goals: Is the Environment Merely a Dimension? *DIE Briefing Paper*. Bonn: DIE.
- Bundesregierung. 2013.** Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Gemeinsame globale Herausforderungen, Interessen und Ziele. Bericht der Bundesregierung zu Ausgangslage und Perspektiven.
- Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives. 2012.** No Future Without Justice. *Development Dialogue* no. 59. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation.
- Elster, J. 1986.** The Market and the Forum. Three Varieties of Political Theory. In: *Foundations of Social Choice Theory*. Herausgegeben von J. Elster und A. Hylland. Cambridge: Cambridge University Press. 103–132.
- European Commission. 2012.** Commission Non-Paper Rio+20 for the Informal Environment Council 19 April. Brussels.
- Ferguson, J. 1990.** *The Anti-Politics machine. "Development," Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho*. Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Glaser, G. 2012.** Base Sustainable Development Goals on Science. *Nature* 491: 35.
- Goodman, R., D. Jinks. 2004.** How to Influence States: Socialization and International Human Rights Law. *Duke Law Journal* 54/3: 621–703.
- Governments of Colombia, Peru, and the United Arab Emirates. 2012.** Concept Note on Sustainable Development Goals.
- Greve, J. 2011.** Rationalität und Vernunft bei Habermas. In: *Die Rationalitäten des Sozialen*. Herausgegeben von A. Maurer und U. Schimank. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 79–97.
- Griggs, D., M. Stafford-Smith, O. Gaffney, J. Rockström, M. C. Öhman, P. Shyamsundar, W. Steffen, G. Glaser, N. Kanie, I. Noble. 2013.** Sustainable Development Goals for People and Planet. *Nature* 495: 305–307.
- Habermas, J. 1969.** *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. 1995 [1981].** *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1. Frankfurt: Suhrkamp.
- ICSU, ISSC. 2015.** Review of the Sustainable Development Goals: The Science Perspective. Paris: International Council for Science (ICSU).

- Lemke, Th., S. Krasmann, U. Bröckling. 2000.** Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: *Gouvernamentalität der Gegenwart*. Herausgegeben von U. Bröckling, S. Krasmann und Th. Lemke. Frankfurt: Suhrkamp. 7–40.
- Lepenies, P. 2013.** *Die Macht der einen Zahl: Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Lepenies, P. 2014.** Die Politik der messbaren Ziele. Die Millennium Development Goals aus governementalitätstheoretischer Sicht. Lehren aus der Fixierung globaler Entwicklungsindikatoren. *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 48: 200–224.
- Loewe, M. 2012.** Post 2015: How to Reconcile the Millennium Development Goals (MDGs) and the Sustainable Development Goals (SDGs)? DIE Briefing Paper. Bonn.
- Luhmann, N. 2007 [1971].** *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Martens, J. 2013.** Globale Nachhaltigkeitsziele für die Post-2015-Entwicklungsagenda. Global Policy Forum Europe: Bonn.
- Marx, K., F. Engels. 1990 [1846].** *Die deutsche Ideologie*. MEW, Bd. 3. Berlin: Dietz. 13–530.
- Maurer, A., U. Schimank. 2011.** Die Soziologie – zwischen Rationalitätsverhaftung und Rationalitäts-skepsis? In: *Die Rationalitäten des Sozialen*. Herausgegeben von A. Maurer und U. Schimank. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 7–16.
- Miller, G.A. 1956.** The Magical Number Seven, Plus or Minus Two: Some Limits on Our Capacity for Processing Information. *Psychological Review* 101: 343–352.
- Ministerio de Relaciones Exteriores de Colombia. 2011.** Rio +20: Sustainable Development Goals (SDGs). A Proposal from the Governments of Colombia and Guatemala. Bogotá.
- Mouffe, C. 2007.** *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Müller, A., J. Weigelt, A. Götz, O. Schmidt, I. Lobos Alva, I. Matuschke, U. Ehling, T. Beringer. 2015.** The Role of Biomass in the Sustainable Development Goals: A Reality Check and Governance Implications. *IASS Working Paper*. Potsdam: IASS.
- Munasinghe, M. 2011.** Millennium Consumption Goals (MCG): How the Rich Can Make the Planet More Sustainable.
- Open Working Group (OWG). 2014a.** Focus Areas Document. <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3276focusareas.pdf> (Abruf 24.4.2015).
- Open Working Group (OWG). 2014b.** Outcome Document – Open Working Group on Sustainable Development Goals. New York.
- Osborn, D., A. Cutter, F. Ullah. 2015.** Universal Sustainable Development Goals. Understanding the Transformational Challenge for Developed Countries. London: Stakeholder Forum.
- Peters, B. 2001.** Deliberative Öffentlichkeit. In: *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*. Herausgegeben von L. Wingert und K. Günther. Frankfurt: Suhrkamp. 655–677.
- President of the General Assembly. 2015.** Zero Draft of the Outcome Document for the UN Summit to Adopt the Post-2015 Development Agenda. New York.
- Revi, A., C. Rosenzweig. 2013.** The Urban Opportunity: Enabling Transformative and Sustainable Development. Background Research Paper, submitted to the High Level Panel on the Post-2015 Development Agenda. SDSN.

-
- Rivera, M. 2013.** Political Criteria for Sustainable Development Goal (SDG) Selection and the Role of the Urban Dimension. *Sustainability* 5/12: 5034–5051.
- Rivera, M. 2014.** ‘Glocal’ Discussion as Leverage. Debating Urban Sustainability in Bogotá. *Journal of Environmental Studies and Sciences*. Special Issue: Integrating and Interdisciplinary Approaches to Sustainable Cities and Regions.
- Rivera, M. 2015.** *Theater als politische Öffentlichkeit. Begriff, Aspekte und eine Fallstudie*. Potsdam: IASS.
- Rivera, M., A. Lagos. 2013.** Establishing a Sustainable Development Goal on Cities. IASS Policy Brief 3/2013. Potsdam: IASS.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). 2004.** Nachhaltigkeit im Visier. Gesellschaft fordert Politik – Unsere Schlussfolgerungen. RNE texte Nr. 9. Berlin.
- Rosendahl, J., M. A. Zanella, S. Rist, J. Weigelt. 2015.** Scientists’ situated knowledge: Strong objectivity in transdisciplinarity. *Futures* 65. Special Issue: Advances in Transdisciplinarity 2004-2014. 17-27.
- Schmidt, F. 2013.** Governing planetary boundaries: Limiting or enabling conditions for transitions towards sustainability? In: *Transgovernance. Advancing Sustainability Governance*. Herausgegeben von L. Meuleman. Springer. 215–234.
- Stakeholder Forum. 2013.** UNDESA Survey on the Sustainable Development Goals. Synthesis of Responses from UN Member State Missions. London.
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN). 2013.** An Action Agenda for Sustainable Development. Report for the UN-Secretary General.
- Töpfer, K., R. Yogeshwar. 2011.** *Unsere Zukunft: Ein Gespräch über die Welt nach Fukushima*. München: C. H. Beck.
- UN Convention to Combat Desertification (UNCCD). 2012.** Zero Net Land Degradation. A Sustainable Development Goal for Rio+20. Bonn.
- UN General Assembly (UNGA). 2012.** The Future We Want. Resolution Adopted by the General Assembly. A/RES/66/288. New York.
- UN General Assembly (UNGA). 2015.** Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. Resolution A/RES/70/1. New York.
- UN Conference on Environment and Development (UNCED). 1992.** Agenda 21. New York.
- UN Task Team on the Post-2015 Development Agenda (UNTT). 2012.** Realizing the Future We Want for All. Report to the Secretary-General. New York.
- United Nations. 2013.** A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda. New York.
- Vandemoortele, J. 2010.** Taking the MDGs Beyond 2015: Hasten Slowly. *IDS Bulletin* 41/1: 60–69.
- VENRO. 2014.** Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015. *Positionspapier* 1/2014. Berlin.
- WBGU. 2014a.** Human Progress within Planetary Guard Rails. A Contribution to the SDG Debate. *WBGU Policy Paper* 8. Berlin.
- WBGU. 2014b.** Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Sondergutachten. Berlin: WBGU.
- Weber, M. 2005 [1921].** *Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt: Zweitausendeins.



IASS Working Paper Dezember 2015

Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS) e. V.

Kontakt Autor:

Manuel.Rivera@iass-potsdam.de

Adresse:

Berliner Straße 130
14467 Potsdam
Deutschland
Telefon 0049 331-28822-389
www.iass-potsdam.de

E-Mail:

media@iass-potsdam.de

Vorstand:

Prof. Dr. Mark G. Lawrence

DOI: 10.2312/iass.2015.033

